

Heinz Moser

Medienpädagogische Überlegungen zum Strukturwandel der Öffentlichkeit

im Zeichen von digitalem Kapitalismus
und künstlicher Intelligenz

Abstract Durch den Strukturwandel des Kapitalismus hat sich die Funktion der Medien für politische Diskurse stark verändert. So ist das klassische Modell der politischen Auseinandersetzung, wie sie in Parlamenten und in der Presse gepflegt wurden, kaum mehr kompatibel mit Diskussionen, wie sie im Rahmen der sozialen Medien stattfinden. Die Geltungskraft der bürgerlichen Diskurse scheint sich überlebt zu haben. Der vorliegende Beitrag zeigt auf, dass „Digital Citizenship“ die Dinge in Alltagsdiskursen selbst zum Sprechen bringen *müssten*. Dabei geht es nicht einfach darum, das Internet regelmäßig und effektiv zu nutzen; vielmehr muss vermittelt werden, wie aktive Formen der Medienpartizipation die Hintergründe des digitalen Kapitalismus und der künstlichen Intelligenz aufzudecken vermögen.

Keywords Digital Citizens, künstliche Intelligenz, Strukturwandel der Öffentlichkeit, politische Bildung

Seitdem sich öffentliche Diskurse immer mehr auf das Internet verlagern, beflügelt dies die Diskussionen über die Zukunft des öffentlichen Raumes und der demokratischen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. So schien der Cyberspace ganz zu Beginn zu einem neuen Hort von Freiheit und Demokratie zu werden. Berühmt wurde damals der Aufruf von John Perry Barlow, einem Mitgründer der „Electronic Frontier Foundation“: „Wir haben keine gewählte Regierung und werden wahrscheinlich auch keine haben, daher wende ich mich mit keiner größeren Autorität an Sie als mit der, mit der die Freiheit selbst immer spricht. Ich erkläre, dass der globale soziale Raum, den wir aufbauen, von Natur aus unabhängig von den Tyranneien ist, die Sie uns aufzwingen wollen“ (Barlow 1996).

Die technische Form der Bürger*innen-Beteiligung und die Gefahren des Überwachungsstaats

Über eine direkte Bürger*innen-Beteiligung, wie sie per Mausklick im Internet möglich zu sein schien, erhoffte man es sich, die Menschen direkt an den Entscheidungen der politischen Öffentlichkeit zu beteiligen: E-Voting sollte den Gang an die Wahlurnen ersetzen und neue Schichten zur Teilnahme am politischen Prozess gewinnen. Bei der damals gegründeten Piratenpartei wollte man gar eine verstärkte Form direkter

Demokratie über das Konzept der „Liquid Democracy“ realisieren. In der Praxis hat das Konzept einer „verflüssigten Demokratie“ allerdings nicht funktioniert, und die Piratenpartei ist schnell Geschichte geworden.

Im öffentlichen Raum hat dagegen in den letzten Jahren das E-Government an Bedeutung zugenommen. Dies bedeutet allerdings weniger die Zunahme von Einflussmöglichkeiten bei Entscheidungen, sondern ein erleichterter Umgang mit den Anforderungen der Verwaltungsinstitutionen. Die Kommunikation mit Ämtern verläuft immer häufiger über E-Mail, indem Anträge, Anfragen und die Ausstellung von Ausweisen über Online-Kanäle abgearbeitet werden. Das berühmte FAX hat in Deutschland auch in der Verwaltung ausgedient. Allerdings stellt man in Deutschland immer noch fest, dass die Digitalisierung nicht vom Fleck kommt – gemäß der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM) hat Deutschland seine selbstgesteckten Ziele krachend verfehlt.¹

Noch viel gravierender ist das Problem der zunehmenden Überwachung, das mit der dataistischen Seite des digitalen Kapitalismus in einem engen Bezug steht. Die dahinterstehende Plattformökonomie wird von den weltweit operierenden Technologiekonzernen wie Amazon, Meta, Google, Apple oder Alibaba dominiert, die sich über den Datenverkehr monetarisieren, den sie auf ihre Netzwerke leiten. Auch im Staat gewinnen Plattformen zunehmend Bedeutung als Infrastrukturen für den öffentlichen Diskurs. Wie die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina (2021, S. 19) feststellt, haben Plattformen einen erheblichen Einfluss auf den Ablauf öffentlicher Kommunikationsprozesse in einer Demokratie. Sie seien somit keineswegs neutrale Vermittler, sondern mächtige Akteure, die eine aktive Rolle in der Gestaltung demokratischer Öffentlichkeiten einnehmen. Das gilt nicht nur für die marktbeherrschenden Anbieter aus der Ökonomie (mit Facebook oder dem Nachrichtendienst X als Foren für politische Auseinandersetzungen und Diskurse), sondern auch für staatliche Plattformen, in denen Formen des Governments gebündelt werden. Denn auch das politische E-Government produziert riesige Datenmengen, die zur internationalen Überwachung des Datenverkehrs und innerhalb der Staaten zur Überwachung von Bürgerinnen und Bürgern benutzt werden können. Vor allem die Enthüllungen des Whistleblowers Edward Snowden erregten 2013 weltweite Aufmerksamkeit, indem dieser aufzeigte, wie die Vereinigten Staaten die Telekommunikation und das Internet global und systematisch überwachten (vgl. Hinz/Dencik/Wahl-Jorgensen 2019, S. 2). Trotz aller Regulierungen, welche auf der juristischen Ebene die Risiken zu minimieren versprechen, nimmt die Überwachung der Bürgerinnen und Bürger laufend zu: Dank Datenüberwachung können zum Beispiel Sozialhilfeempfänger*innen in ihrem Verhalten weit enghaschiger überwacht werden als früher. Praktiken wie die Videoüberwachung des öffentlichen Raums oder das inhaltliche Überwachen des Internet-Datenverkehrs werden als Missbrauchsbekämpfung deklariert, ohne dass der Gefahr einer umfassenden Überwachung aller Bürgerinnen und Bürger genügend Aufmerksamkeit geschenkt wird.

1 Siehe <https://www.insm.de/insm/themen/digitalisierung/deutschland-scheitert-beim-e-government>

Der Hype um die künstliche Intelligenz, der 2023 mit Chat GPT entstanden ist, hat die Fragen um die gesellschaftliche Datafizierung nochmals verschärft. Es gehen viele Ängste um, wonach KI-Systeme die Macht übernehmen könnten, indem sie Entscheide über Algorithmen und maschinelle Bots manipulieren. Die Gefahr, die von KI-gestützten Handlungsempfehlungen für die Demokratie ausgeht, besteht nach Hofmann (2022) darin, dass das Verständnis des politischen Entscheidens nicht länger als Ergebnis einer Abwägung verschiedener Handlungsoptionen erscheint, sondern als Vollzug von mehr oder minder objektiven Notwendigkeiten.

Zur Geschichte des Strukturwandels der Öffentlichkeit

Wie in den letzten Abschnitten bereits deutlich wurde, geht die Digitalisierung weit über die technische Nutzung von Daten hinaus. Vielmehr ist der Cyberspace zum integrierten Teil der gesellschaftlichen Kultur des 21. Jahrhunderts geworden und prägt maßgeblich die Definition von Öffentlichkeit in einer zunehmend digitalisierten Gesellschaft. Die Entwicklung dieses „Strukturwandels“ seit der Industrialisierung im 18. Jahrhundert hat Jürgen Habermas (1990) ausführlich dargestellt. An diesem Prozess orientiert sich der vorliegende Beitrag, welcher aber auch in Rechnung stellt, dass Habermas seinen aus den siebziger Jahren stammenden Ansatz mehrfach überarbeitet und in seiner neusten Fassung explizit auf die Probleme der Digitalisierung bezogen hat.

In seiner Darstellung geht Habermas von der Privatsphäre der bürgerlichen Gesellschaft aus – also vom ökonomischen Bereich des Warenverkehrs und der gesellschaftlichen Arbeit. Hier entwickelt sich eine politische Öffentlichkeit aus der literarischen; sie vermittelt über die öffentliche Meinung den Staat mit den Bedürfnissen der Gesellschaft (vgl. Habermas 1990). Das Narrativ dieser neuen bürgerlichen Öffentlichkeit war auf den Diskurs als Mittel der politischen Entscheidungsfindung bezogen: die Macht der Monarchen findet ihren Gegenpart in der diskursiv gesteuerten Entscheidungsfindung der Bürger*innen.

Nun stellt dieses gesellschaftliche Modell der Koordination von Öffentlichkeit und Privatheit keinen Endzustand dar: Schon im 19. Jahrhundert zerfällt dieses Modell einer bürgerlichen Öffentlichkeit durch einen zweiten Strukturwandel wieder. Wie Staab/Thiel (2021, S. 277) betonen, schiebt der Markt durch wirtschaftliche Konzentrationseffekte sowie in seiner Rolle als Produzent sozialer Ungleichheit diese neue Stufe des Strukturwandels an. Ökonomisch ist es die proletarische Lohnarbeit, welche zu dominieren beginnt und die Strukturen bürgerlicher Sozialverhältnisse zerstört.

Politisch wurde diese Entwicklung durch die industrielle Massenpresse unterstrichen, welche durch ihre boulevardisierenden Züge die diskursiven Prozesse zu unterminieren begann. Die kommerzielle Massenpresse und die politischen Parteien entwickelten sich zu massenbasierten Organisationen. Die Meinungsbildung verschiebt sich in diesem Zug von einem rasonierenden Publikum, das Argumente abwägt, zu systematischer Propaganda bei den angepeilten Wählerinnen und Wählern (vgl. Moser

2008, S. 36ff.). In meinem Aufsatz „Medienpädagogik und der zweite Strukturwandel der Öffentlichkeit“ (Moser 2008) habe ich die weitere gesellschaftliche Entwicklung hin zur Digitalisierung dieses Jahrhunderts als eine Fortsetzung und Erweiterung dieses zweiten Strukturwandels beschrieben. Die zunehmende Digitalisierung, die den gesamten Wirtschaftssektor durch den Cyberspace transformiert, muss jedoch als ein neuerlicher Bruch in der Entwicklung der politischen Öffentlichkeit begriffen werden.

Strukturwandel revisited

In diesem Kontext hat Jürgen Habermas (2022) eine revidierte Debatte zum Strukturwandel der Öffentlichkeit angestoßen. Neuartig ist für ihn der der Plattformcharakter, welcher das Modell des argumentativen Verhandelns in politischen Diskursen grundsätzlich in Frage stelle. Neben der redaktionellen Öffentlichkeit der bestehenden Medien habe sich im Cyberspace ein Kommunikationsraum eröffnet, worin Leser*innen, Hörer*innen und Zuschauer*innen spontan die Rolle von Autoren und Autorinnen ergreifen können (vgl. Habermas 2022, S. 11). Darin sieht Habermas eine zur Öffentlichkeit aufgeblähte Sphäre einer bisher dem brieflichen Privatverkehr vorbehaltenen Kommunikation. Die unstrukturierte Öffentlichkeit werde durch die Kommentare der Leser und Leserinnen und die „Likes“ der Follower als einer Art selbsttragender Echo-räume erst hergestellt (vgl. ebd., S. 62f.). Das Raisonement über das bessere Argument, wie es die traditionelle Politik prägte, wird durch Filterblasen und Fake-News ersetzt. Es deutet sich die Gefahr einer zu Gefallens- und Missfallensclicks abgerüsteten plebiszitären Öffentlichkeit an.

Dieser dritte Strukturwandel der Öffentlichkeit führt, geprägt durch den Einfluss sozialer Medien, zu neuartigen Risiken im Bereich der Informations- und Kommunikationsstrukturen (vgl. Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina 2021, S. 5). So droht den Medien der Verlust jener Orientierungsfunktion, die der professionelle Journalismus in der Vergangenheit für sich beanspruchte. Die Aktivitäten auf den digitalen Plattformen intensivieren den Druck auf die politische Berichterstattung, da die User als Gleichberechtigte mit Journalisten und Journalistinnen kommunizieren und Influencer*innen sowie soziale Medien häufig ein breiteres Publikum erreichen als die traditionellen Massenmedien. Jarren/Fischer (2021, S. 368) beschreiben die Folgen für ein jüngeres Publikum: Jüngere Nutzer*innen beziehen bereits in hohem Maße ihre Informationen über die aktuellen Themen der Gesellschaft über solche Plattformen – mit Folgen für Medien wie Journalismus, welche an Reichweite und Bedeutung im Werbe- wie Publikumsmarkt verlieren.

Des Weiteren nehmen politische Akteure über das Abgreifen von Daten direkten politischen Einfluss, unterstützt durch die Überwachung durch BigData, wie sie Zuboff (2018) in ihrer Arbeit zum Überwachungskapitalismus dargestellt hat – indem gesellschaftliche Mächte aus Ökonomie und Politik anstatt Waffen und Armeen die manipulative Verfügung über Daten zur Gewinnung von Einfluss und Macht nutzen.

Han (2021, S. 57) stellt fest, dass die traditionelle Parteiendemokratie obsolet und zunehmend durch die Infokratie einer digitalen Postdemokratie ersetzt wird. Die Politik wird aus dieser Perspektive durch datengetriebenes Systemmanagement abgelöst. Politiker*innen verschwinden hinter Expert*innen und Informatiker*innen, welche die Gesellschaft jenseits ideologischer Annahmen und scheinbar unabhängig von Machtinteressen verwalten.

Diese Tendenzen stehen im direkten Widerspruch zu den Grundprinzipien einer auf Deliberation und Argumentation basierenden Demokratie.

Allerdings kann man die Erweiterung der Kommunikationsmöglichkeiten zu einer Öffentlichkeit von Autor*innen auch in einem positiveren Licht sehen. Die sozialen Medien, die sich auf diesen Plattformen etabliert haben, erleichtern es Medienkonsument*innen selbst aktiv zu werden. Wie in den Cultural Studies betont wird, sind sie nicht nur passive Empfänger*innen von Medienbotschaften, sondern „active readers“ (vgl. Hall 1999). Schechner (2013) beschreibt die gegenwärtige Gesellschaft als „performative Gesellschaft“, in der wir uns sowohl online als auch im physischen Raum ständig vor einem impliziten Publikum präsentieren. Das Leben besteht danach in der Selbstdarstellung über Erlebnisse und Events, über welche wir in den Inszenierungen des Alltags mitspielen (vgl. auch Moser 2019, S. 114).

In einem ähnlichen Sinn hat Reckwitz (2017) die Gesellschaft des digitalen Kapitalismus als eine Gesellschaft der „Singularitäten“ charakterisiert. Während die industrielle Gesellschaft nach dem zweiten Strukturwandel primär auf einen normativ regulierten und standardisierten Konsum funktionalisierter Güter bezogen war, wird sie im Zug der Digitalisierung zunehmend von einer Ökonomie des kulturell Besonderen abgelöst. Diese bezieht sich nach Reckwitz (ebd., S. 113) auf Güter, die für die Konsumierenden primär kulturelle Qualitäten aufweisen und einen Anspruch auf Einzigartigkeit (auf Authentizität, Originalität etc.) erheben. Alle Menschen sind besondere Singularitäten – authentisch und unvergleichlich mit anderen – und das in der Berufswelt wie bei persönlichen Beziehungen. Aber auch Dinge und Objekte werden als besonders und einzigartig singularisiert – Waren, Bilder, Filme, Erlebnisse, etc. Damit unterstützen sie die Inszenierung des Alltags, indem sie die Menschen zu etwas Besonderem und Einzigartigen machen. Zygmunt Bauman kommt in diesem Zusammenhang zum Schluss, dass weniger das „Öffentliche“ die Sphäre des „Privaten“ kolonialisieren, sondern dass eher das Private dies mit der öffentlichen Sphäre tue, in dem alles verjagt und verdrängt werde, was sich nicht umstandslos im Jargon privater Anliegen, Sorgen und Interessen ausdrücken lasse (Bauman 2003, S. 52).

Nach Reckwitz treibt die Transformation zu einer Ökonomie der Singularitäten die Zirkulation der Waren an, indem immer mehr Attraktivitätsmärkte im Zentrum des Erwerbs von Waren stehen, die um Aufmerksamkeit und Anerkennung durch das Publikum buhlen (vgl. Reckwitz 2017, S. 149). Diese Form von Attraktivitätsmärkten reicht weit über die bloße Warenökonomie hinaus; auch in der politischen Öffentlichkeit werden die deliberativen Formen des Aushandelns von Argumenten immer häufiger

durch ästhetisch-sinnliche Anforderungen ersetzt, die beim Storytelling über politische Fragestellungen die Diskurse bestimmen. Hier gilt, was Reckwitz einer Ökonomie der Singularitäten zuspricht, nämlich dass es sich um eine performative Ökonomie handelt, mit Gütern als anziehenden Aufführungen vor einem Publikum (vgl. ebd., S. 149). Tatsächlich sind politische Debatten nicht nur durch rationale Argumentationslogik, sondern auch durch emotionale Stimmungen und Machtkonstellationen charakterisiert. Die moderne Demokratie, so Hartmut Rosa, beruht viel eher auf der Vorstellung, „dass sie jedem und jeder einzelnen eine Stimme gibt und sie hörbar macht, sodass die politisch gestaltete Welt zum Ausdruck einer produktiven Vielstimmigkeit wird“ (Rosa 2021, S. 263).

Politische Prozesse sind danach in „mediale Resonanzräume“ eingebettet, in welcher die Stimmen auf einer Vielzahl von Bühnen, Arenen und Organen hörbar gemacht und in einem reflexiven Prozess gefiltert werden. Demokratie bezeichnet dann nicht allein das Verhandeln von Rechtsansprüchen und Interessenkonflikten, sondern betrifft einen anhaltenden Prozess der Sensibilisierung für die Vielfalt der Perspektiven, Existenzweisen und Weltbeziehungen. Es geht dabei nicht nur um eine Sphäre der kognitiven Auseinandersetzung, sondern um einen viszerale „Klangraum“ bzw. einen demokratischen Ästhetizismus, in welchem politische Entscheidungen ausgehandelt werden (vgl. ebd.).

Sowohl deliberative Entscheidungsprozesse wie die praxisorientierte, partizipative Teilhabe innerhalb einer von Performativität geprägten Gesellschaftsstruktur haben beide auch problematischen Seiten: So postuliert das argumentationslogisch geprägte Konzept einer deliberativen Entscheidungsfindung eine Rationalität des Entscheidens, wie sie in der Praxis kaum vorkommt. Die Handhabung der COVID-19-Pandemie im politischen Feld belegt zu Beispiel, dass die Dominanz eines rationalen Ansatzes, der vornehmlich auf die Expertise von Fachleuten setzt, nicht zwangsläufig zielführend ist. Im Rückblick ist die Unsicherheit gewachsen, ob und wieviel das Gewicht von Expert*innenmeinungen zur Bewältigung der damaligen Problematiken beigetragen hat (vgl. Münch 2022). Parallel dazu zeigt sich im parlamentarischen Diskurs eine abnehmende Effektivität deliberativer Prozesse; dies angesichts der Tendenz, Entscheidungsfindungen auf supranationale Ebenen zu verschieben, wie es z. B. durch bindende Richtlinien der EU geschieht.

In einem von Performativität geprägten gesellschaftlichen Kontext kann der Bezug zu einem vielstimmigen Alltag, der durch Gefühle, Erfahrungen und individuellem Wissen geprägt ist, die partizipative Beteiligung im Sinne einer Stärkung des Empowerments vorantreiben. Dies birgt jedoch auch die Gefahr, dass die ernsthafte Auseinandersetzung solcher Alltagsdiskurse durch performative Selbstdarstellungen überlagert wird.

Digitale Medien: Künstliche Intelligenz und „Digital Citizenship“

Diese Entwicklungen führen zu einem zunehmenden Gefühl der Exklusion unter den Bürgerinnen und Bürgern, besonders im Kontext komplexer, expertokratisch fundierter Entscheidungen. Das Gefühl des Ausgeschlossenseins aus dem politischen Diskurs soll hier zum Schluss mit zwei Entwicklungen unterstrichen werden:

1. Die politischen Räume: Der Raum, in welchem sich Diskussionen und Auseinandersetzungen abspielen, ist nicht mehr auf die lokale oder die nationale Ebene beschränkt (vgl. auch Moser 2008, S. 40ff.). Gegenwärtig drängende Fragen wie die Klimakrise oder Migration und zunehmende militärische Auseinandersetzungen gehen über die politischen Diskussionen im nationalen Rahmen hinaus und finden in diesem keine befriedigenden Lösungen. Allerdings verfügt der neue globale Raum, der die traditionellen staatlichen Grenzen überwölbt, über kein wirksames zentrales Machtzentrum. Von unterschiedlichsten Akteuren und Institutionen werden weltweit Waren, Daten und Ideen verbreitet und ausgetauscht. Die neue global-kulturelle Ökonomie ist – so Appadurai (1996, S. 32) – eine komplexe, sich überlappende und disjunktive Ordnung, die nicht mehr länger in Begriffen der überkommenen Zentrums-Peripherie-Modelle gefasst werden kann.

Die Sphäre des nationalen Staates verkörpert deshalb immer weniger jenen geographischen Raum, in welchem die grundlegenden Probleme einer Gesellschaft verhandelt und gelöst werden. Im Zeichen der Globalisierung hat sich politische Macht als zentrale und übergeordnete Kategorie der Herrschaft, die einem bestimmten räumlichen Territorium seinen autonomen Gestaltungswillen aufzuzwingen vermag, immer stärker verflüchtigt. Dies führt zu einer Refeudalisierung der Gesellschaft, in welcher führende Akteure des digitalen Kapitalismus diese Lücke ausfüllen (vgl. Varoufakis 2024). Elon Musk will die Welt nicht nur über seine Vision selbstfahrender Autos, weltumspannender Satellitennetzwerke und privater Weltraumpläne verändern. Mit der Kontrolle des Nachrichtendienstes X erhält er ad personam eine wichtige politische Funktion. Nicht weniger mächtig ist Amazons Jeff Bezos, der nicht nur über die Weltraumflüge mit Musk konkurriert, sondern 2013 für 250 Millionen US-Dollar die Washington Post übernahm. Bezos ist mit einer weitreichenden Kontrolle der Waren und Medienmärkte (vorwiegend über Amazon) ein wichtiger Machtfaktor in einer globalen Sphäre, die weit über die USA hinausreicht.

2. Künstliche Intelligenz: Das herkömmliche Konzept der bürgerlichen Demokratie wird aktuell von der Entwicklung der künstlichen Intelligenz herausgefordert. Denn es gibt Stimmen, welche davon ausgehen, dass politische Entscheidungen besser durch die Algorithmen der KI abgesichert werden als über deliberative Entscheidungsfindung. Nach Müller-Mall (2021, S. 38ff.) treten Algorithmen in Konkurrenz zu politischen Entscheidungen, indem sie politische Prozesse quasi automatisch zur Lösung bringen, ohne dabei Ideen von Selbstbestimmung oder politischer Freiheit zu folgen. Dabei sei davon auszugehen, dass Algorithmen häufig gute Entscheidungen treffen, überzeugende

Zuordnungsrelationen bilden und effiziente Werkzeuge sind. Allerdings ist eine solche technologistische Handlungsperspektive der KI nicht neutral und wertfrei zu sehen, sondern sie ist letztlich ebenfalls normativ bestimmt, indem Muster und Regelmäßigkeiten im Vergleich zu Abweichungen, Überraschungen und einem verschiedene Meinungen abwägenden Diskurs im Vordergrund stehen.

Wird im digitalen Zeitalter die Politik immer enger mit künstlicher Intelligenz verknüpft, so könnte dies zu einer weitgehenden „Entpolitisierung“ der politischen Sphäre führen. KI übernimmt in diesem Fall die Rolle eines Expertensystems, das politisches Handeln instruiert, ohne durch abweichende Bürgerinnen- und Bürgermeinungen „gestört“ zu werden. Allerdings gibt es auch ein Potenzial, um mit künstlicher Intelligenz das partizipative Engagement von Bürger*innen zu stärken – wenn die KI nicht als autonome Problemlösungseinheit, sondern als ein Instrument zur Unterstützung und Verstärkung der Kreativität menschlicher Ideen und Überlegungen eingesetzt wird.

„Digital Citizenship“ im Zeitalter von digitalem Kapitalismus und KI

Dies bedeutet aus Sicht der Medienpädagogik, dass der Umgang mit der digitalen Öffentlichkeit im Sinne der politischen Bildung wichtig wird, um die über Algorithmen gesteuerten Systeme und die von ihnen propagierten sozialen und politischen Normen in partizipativen Prozessen selbst zu hinterfragen und kritisch zu beleuchten. Plattformisierung, Big Data und der Zusammenhang von KI müssen transparent gemacht werden, damit die Entscheidungen der Politik nicht auf der Ebene einer Scheinpartizipation verbleiben. Im Grunde gilt auch heute noch Dieter Baackes Diktum, wonach die demokratische Teilnahme an politischen Prozessen bedeutet: „Nicht nur eine gezielte Meinungslenkung durch Verwaltung der öffentlichen Meinung in den Medien im Rahmen einer allgemeinen Konsumsphäre, sondern Ausnutzung der Partizipationschancen auch in einer marktrational organisierten Massendemokratie“ (Baacke 1973, S. 338).

Allerdings stellt sich die Frage, wie weit neben Anziehungskraft der Singularitäten und der von ihnen ausgeübten Verführung noch eine zumindest partielle Konstituierung eines Allgemeinen möglich ist (Reckwitz 2017, S. 440). Meines Erachtens kann man hier zum Anfang der Überlegungen von Jürgen Habermas (1990) zurückgehen, der in seinem Buch den gesellschaftlichen Strukturwandel eng mit der Entstehung einer literarischen Öffentlichkeit verknüpft (vgl. auch Moser 2008, S. 44ff.). In ähnlicher Weise hat McGuigan (2005) die Frage gestellt, ob sich der gesellschaftskritische Diskurs, wenn er sein politisches Territorium verloren hat, sich nicht besser – oder vielmehr erneut – an einer kulturellen Ebene bzw. dem literarischen Diskurs orientieren sollte. Der aus der literarischen Öffentlichkeit entstandene kulturelle Diskurs sei zwar immer nur mittelbar „politisch“ gewesen; anstelle der flüchtigen „News“ bezog er sich auf eine differenzierte Reflexion zu den überdauernden Grundproblemen des Lebens: „Affektive Kommunikationen helfen den Menschen reflexiv über ihre eigenen lebensweltlichen Situationen nachzudenken und sich über ihren Weg im und durch die Systeme Rechenschaft zu

geben, die auf dem Terrain des alltäglichen Lebens jenseits der eigenen Kontrolle sein mögen“ (McGuigan 2005, S. 435). In diesem Rahmen kann die kulturelle öffentliche Sphäre als Vehikel für Gedanken und Gefühle, für Imaginationen und kontroverse Auseinandersetzungen dienen, die als kritische Instanz die über algorithmische Regeln gewonnenen Aussagen der KI infrage stellen. Wesentlich für eine solche kritische Reflexion ist dabei weniger ein technologisch an Daten und Informationen orientierter Diskurs, sondern ein Storytelling aufgrund historisch verarbeiteter Erfahrung, das auf diese Weise ein Gegengewicht zu statistisch geglätteten Daten bildet.

In diesem Kontext hebt Bogner (2021, S. 65) hervor, dass die Dinge selbst zum Sprechen gebracht werden müssten. Bogner bezieht sich dabei auf Bruno Latour (2001) und führt an, dass die Dinge als unumstößliche Daten gelten, solange sie stumm seien. Wer nur den Menschen eine Stimme gebe und nicht auch den Dingen, begründe keine Demokratie, sondern mache sie unwahrscheinlicher. Während sich die traditionellen politischen Argumentationen auf die kognitive Ebene konzentrierten, wo es um ein Wissen ging, das politische Entscheidungen informierte, hat sich der aktuelle gesellschaftskritische Diskurs wieder zunehmend an der kulturellen Ebene zu orientieren. Hartmut Rosa (2016) bezieht sich dabei auf das Feld der Resonanzen als Ergebnis und Ausdruck der Beziehung zwischen dem erfahrenden Subjekt und begegnenden Weltausschnitten. Ob die sich in jeweiligen Interaktionskontexten herausbildenden Beziehungen resonanter oder stummer Art sind, hänge mithin von beidem, vom Zustand des Subjekts wie der begegnenden Welt, ab – und darüber hinaus von ihrem Passungsverhältnis.

Mit dem Fortschreiten der Datafizierung der Gesellschaft muss jedoch berücksichtigt werden, dass die bloße Einbindung in globale Informationsströme die Gefahr birgt, sich politischen und ökonomischen Mächten auszuliefern, die den Überwachungskapitalismus vorantreiben. Kritische Bedenken ergeben sich insbesondere dort, wo technologiegetriebene Visionen des gesellschaftlichen Zusammenlebens menschliche Komplexität zugunsten algorithmischer Präzision und Eindeutigkeit unterordnen (vgl. Niesyto, 2024). Insbesondere die jüngeren Generationen, die mit den sozialen Medien aufgewachsen sind, übersehen hinter dem Streben nach Authentizität und den Attraktivitätsmärkten, in denen sie sich bewegen, oft die mit der Übernahme solcher Weltansichten verbundenen Risiken. Ein demokratisches System, so Habermas (2022, S. 65), nimmt im ganzen Schaden, wenn die Infrastruktur der Öffentlichkeit die Aufmerksamkeit der Bürger nicht mehr auf die relevanten und entscheidungsbedürftigen Themen lenken könne.

Vor diesem Hintergrund erhält die Integration von Überlegungen zur „Digital Citizenship“ in einem partizipativ orientierten Konzept politischer Bildung zentrale Bedeutung. Dies verknüpft den analogen Alltag mit der digitalen Lebenswelt und bereitet die Heranwachsenden darauf vor, eine Welt zu verstehen und sich in ihr zurechtzufinden, die viel multikultureller, pluralistischer und vernetzter ist als je zuvor (vgl. Ohler 2010, S. 24).

Allerdings erfordert das Konzept der „Digital Citizenship“, wie es zu Beginn dieses Jahrhunderts konzipiert wurde, eine Neuorientierung, die über die einfache und naive Vorstellung partizipativer Teilnahme hinausgeht. So fehlt die kritische Reflexion, wenn

es allein darum geht, den regelmäßigen und effektiven Einsatz des Internets im Alltag sicherzustellen, indem die Heranwachsenden, das Internet regelmäßig und effektiv auf einer alltäglichen Basis zu benutzen (Mossberger/Tolbert/Mc Neal 2008, S. 2). „Digital Citizenship Education“ sollte sich nicht allein auf die Vermittlung von Fähigkeiten beschränken, die für das Zurechtfinden in einer digital dominierten Welt notwendig sind. Vielmehr muss sie eine kritische Perspektive auf Phänomene wie die zunehmende Überwachung und die Verbreitung von Falschinformationen fördern, die die Grundlagen unserer Argumentationsfähigkeit gefährden. Darüber hinaus ist es von entscheidender Bedeutung, dass „Digital Citizens“ die tieferliegenden kulturellen Rahmenbedingungen und Strukturen erkennen und verstehen, die hinter solchen problematischen Praktiken stehen (Lyon 2017, S. 836). Denn die Kultur der Überwachung, wie sie tief in der massenhaften Datenerfassung verwurzelt ist, ist selbst sozial konstruiert und somit einer kritischen Prüfung und Neugestaltung zugänglich (vgl. ebd.). Insgesamt unterstreicht diese Perspektive die Notwendigkeit einer umfassenden und kritischen Bildung für die digitale Bürgerschaft, die über die Vermittlung von technischen Fähigkeiten hinausgeht und stattdessen die Befähigung der Bürgerinnen und Bürger zur aktiven und informierten Teilnahme an der digitalen Gesellschaft in den Vordergrund stellt.

Eine solche Perspektive der partizipativen Bürger*innen-Beteiligung muss auch in Zeiten des digitalen Kapitalismus keine bloße Illusion sein. So heben Hintz/Dencik/Wahl-Jorgensen (2019, S. 142) hervor, es zeige sich immer wieder, dass „Digital Citizens“ sowohl die Fähigkeit wie auch die Bereitschaft besitzen, Daten und ihre Herkunft kritisch zu hinterfragen. In den letzten Jahren habe sich eine vielfältige Palette an Handlungsmöglichkeiten herausgebildet, die von öffentlichem Protest über technologische Selbstverteidigung bis hin zum Datenaktivismus reiche. In diesem Sinne betont auch Koster: „Dabei wird deutlich, dass auch Verfahren der Algorithmisierung im Allgemeinen oder KI im Speziellen Handlungsräume der Befragung, der Kritik und der Politisierung zulassen – und das auf vielfältigen Ebenen des zivilgesellschaftlichen Engagements oder des Protestes“ (Koster 2021, S. 589). Es ist daher ein wesentlicher Bestandteil politischer Bildung, zu erlernen, wie man sich partizipativ in politischen Debatten einbringen kann, ohne nur Klicks „Likes“ oder „Dislikes“ zu verteilen. Angesichts der aktuellen Dynamik in der Digitalisierung, vor allem durch die Entwicklungen im Bereich der künstlichen Intelligenz, müssen medienpädagogische Konzepte zeitnah an diese neuen Herausforderungen angepasst werden.

Literatur

Appadurai, Arjun (1996). *Modernity at Large. Cultural Dimensions of Globalization*. Minneapolis/London: University of Minneapolis Press.

Baacke, Dieter (1973). *Kommunikation und Kompetenz*. München: Juventa.

Barlow, John Perry (1996). *A Declaration of the Independence of Cyberspace*. Electronic Frontier Foundation: <https://www.eff.org/de/cyberspace-independence> [Zugriff 1.2.2024]

- Bauman, Zygmunt (2003). *Flüchtige Moderne*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Bogner, Alexander (2021). *Die Epistemisierung des Politischen. Wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet*. Ditzingen: Reclam.
- Habermas, Jürgen (1990). *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (2022). *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Demokratie*. Berlin: Suhrkamp.
- Han, Byung-Chul (2021). *Infokratie: Digitalisierung und die Krise der Demokratie*. Berlin: Matthes & Seitz.
- Hintz, Arne/Dencik, Lina/Wahl-Jorgensen, Karin (2019). *Digital Citizenship in a Datafied Society*. Cambridge: Polity Press.
- Hall, Stuart (1999). Kodieren/Dekodieren. In: Bromley, Roger et al. (Hrsg.) (1999). *Cultural Studies. Grundlagentexte zur Einführung*, S. 92-110. Lüneburg: Zu Klampen.
- Hofmann, Jeanette (2022). *Demokratie und Künstliche Intelligenz. Im Rahmen des Projektes Digitales Deutschland*. Online verfügbar: <https://digid.jff.de/demokratie-und-ki/> [Zugriff: 1.2.2024].
- Jarren, Otfried/Fischer, Renate (2021). Die Plattformisierung von Öffentlichkeit und der Relevanzverlust des Journalismus als demokratische Herausforderung. In: Seeliger, Martin/Sevignani Sebastian (Hrsg.) (2021). *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Leviathan 37/2021, Sonderband, S. 365-384. Baden-Baden: Nomos.
- Koster, Ann-Kathrin (2021). Das Ende des Politischen? Demokratische Politik und Künstliche Intelligenz. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 2/2021, S. 573–594. Springer: Wiesbaden.
- Latour, Bruno (2021). *Das Parlament der Dinge. Für eine politische Ökologie*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Lyon, David (2017). Surveillance Culture: Engagement, Exposure, and Ethics in Digital Modernity. In: *International Journal of Communication* 11/2017, S. 824-842. University of Southern California.
- McGuigan, Jim (2005). The Cultural Public Sphere. In: *Journal of European Cultural Studies* 4/2005, S. 427-443. Thousand Oaks: Sage.
- Moser, Heinz (2008). Die Medienpädagogik und der zweite Strukturwandel der Öffentlichkeit. In: Moser, Heinz et. al. (Hrsg.) (2008). *Jahrbuch Medienpädagogik* 7, S. 23-50. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Moser, Heinz (2019). *Einführung in die Medienpädagogik. Aufwachsen im digitalen Zeitalter*. 6. Auflage. Wiesbaden: Springer VS.
- Mossberger, Karen/Tolbert, Caroline J./McNeal, Ramona S. (2008). *Digital Citizenship. The Internet, Society, and Participation*. Cambridge: The MIT Press.
- Müller-Mall, Sabine (2020). *Freiheit und Kalkül. Die Politik der Algorithmen*. Stuttgart: Reclam.

Münch, Richard (2022). *Die Herrschaft der Inzidenzen und Evidenzen. Regieren in den Fallstricken des Szientismus*. Frankfurt/Main: Campus Verlag.

Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina, Union der deutschen Akademien der Wissenschaften, acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften (2021). *Digitalisierung und Demokratie*. Halle (Saale).

Niesyto, Horst (2024). Vermessung als bildungspolitisches Narrativ im Kontext digital-kapitalistischer Strukturen. In: Schiefner-Rohs, Mandy/Hofhues, Sandra/Breiter, Andreas (Hrsg.) (2024). *Datafizierung in der Bildung. Kritische Perspektiven auf digitale Vermessung in pädagogischen Kontexten*, S. 177-194. Bielefeld: transcript.

Ohler, Jason B. (2010). *Digital Community. Digital Citizen*. Thousand Oaks: Corwin.

Reckwitz, Alexander (2017). *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*. Berlin: Suhrkamp.

Rosa, Hartmut (2016). *Resonanz: Eine Soziologie der Weltbeziehung*. Berlin: Suhrkamp.

Rosa, Hartmut (2021). Demokratischer Begegnungsraum oder lebensweltliche Filterblase? Resonanztheoretische Überlegungen zum Strukturwandel der Öffentlichkeit im 21. Jahrhundert. In: Seeliger, Martin/Sevignani, Sebastian (Hrsg.) (2021). *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit. Leviathan 37/2021, Sonderband*, S. 252-276. Baden-Baden: Nomos.

Schechner, Richard (2013). *Performance Studies: An Introduction*. New York: Routledge.

Staab, Philipp/Thiel, Thorsten (2021). Privatisierung ohne Privatismus. Soziale Medien im digitalen Strukturwandel der Öffentlichkeit. In: Seeliger, Martin/Sevignani Sebastian (Hrsg.) (2021). *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit. Leviathan 37/2021, Sonderband*, S. 277-297. Baden-Baden: Nomos.

Varoufakis, Yanis (2023). *Technofeudalism: What Killed Capitalism*. Brooklyn/NY: Melville House Publishing.

Zuboff, Shoshana (2018). *Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus*. Frankfurt/Main /New York: Campus Verlag.